

Röpke, Luise; Volk, Ariane; Lippelt, Jana

Article

Kurz zum Klima: Europas grüne (R)Evolution

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Röpke, Luise; Volk, Ariane; Lippelt, Jana (2012) : Kurz zum Klima: Europas grüne (R)Evolution, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 65, Iss. 01, pp. 51-53

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165070>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Luise Röpke, Ariane Volk und Jana Lippelt

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, hätte Claudia Roth Grund zu jubeln: Bis zu 17% der Wähler hätten ihr Kreuz hinter das Bündnis 90/Die Grünen gesetzt (vgl. Sonntagsfrage Bundestagswahl 2011). Seit Monaten befinden sich die Grünen in Umfragen auf einem historischen Höhenflug – dies ist bemerkenswert für eine ökologische Randpartei, deren Gründung gerade 30 Jahre zurückliegt und die 1983 zum ersten Mal im Bundestag saß. Aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern erhalten grüne Parteien immer mehr Zuwachs. Obwohl momentan nur in Finnland die Grünen mit einem Ministerium an der Regierung beteiligt sind, gab es bereits in vielen verschiedenen europäischen Ländern eine grüne Regierungsbeteiligung, beispielsweise in Deutschland, Irland, Lettland, Österreich oder Frankreich. Vor allem das wachsende Bewusstsein für Probleme des Klimawandels scheint den grünen Parteien Auftrieb zu verleihen. Der folgende Artikel gibt einen Überblick über die grünen Parteien in Europa.

Grüne Parteien entwickelten sich in Westeuropa seit Anfang der 1970er Jahre bis Mitte der 1980er Jahre, in Osteuropa mehr als zehn Jahre später. Während letztere erst nach der Wende als grüne Parteien mit klassischen Zielsetzungen wie Umweltschutz und der Abschaffung der Atomkraft entstanden sind, ist die Motivation der grünen Parteien in Nord-, West- und Zentraleuropa komplexer.

Die nachfolgende Abb. 1 gibt einen Überblick über die Situation der grünen Parteien in Europa. In sechs Kategorien eingeteilt, fasst die Abbildung deren Ergebnisse aus den zurückliegenden nationalen Parlamentswahlen zusammen. Während fast alle europäischen Länder über eine grüne Partei verfügen, gibt es außer in Italien nur in einigen osteuropäischen Ländern grüne Parteien, die keine nennenswerten Wahlergebnisse (< 0,1%) erzielten. Zwar haben in zehn Ländern die grünen Parteien weniger als 2,5% der Stimmen erreicht, in vier Ländern aber konnten sie sogar über 10% der Stimmen auf sich vereinen. Darüber hinaus sind die Grünen in ungefähr der Hälfte der Parlamente vertreten. Die auf der Karte den jeweiligen Ländern zugeordneten Zahlen geben die Anzahl der Sitze wieder.

Die Grünen in Deutschland entstanden an einer neu aufkommenden Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären Wertesystemen (vgl. Richter 2009) als »Sammelbecken neuer sozialer Bewegungen« (Bundeszentrale für politische Bildung 2010). Im Deutschland der 1960er waren die politikbestimmenden Themen nachkriegstypisch Wachstum und Wohlstand, eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hatte kaum stattgefunden. Zudem fehlte während der sozialliberalen Koalition (1969–1982) eine ernstzunehmende linke Opposition: Ein idealer Nährboden für neue Strömungen. Aktivisten der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) beklagten darüber hinaus eine allgemeine Rechtslastigkeit des politischen Systems der Bundesre-

publik zu dieser Zeit (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2010). Während der 1970er Jahre erfolgte zudem ein Umschwung hin zu Themen der postmaterialistischen Gesellschaft: Umweltschutz, Frieden oder Bürgerrechte sowie die Abschaffung der Atomkraft standen prominent im Zentrum der neuen Bewegungen. Obwohl schon 1983, drei Jahre nach der Gründung der Grünen in Westdeutschland, der Einzug in den Bundestag gelang, ist die Anfangszeit der Grünen geprägt von Grabenkämpfen zwischen einzelnen Lagern der Partei: Die Fundi-Realo-Kontroverse spaltete die Grünen (vgl. hierzu Bundeszentrale für politische Bildung 2010). Das realpolitisch-reformorientierte Lager um Joschka Fischer und Hubert Kleinert wollte das politische System in Deutschland über den Einzug in das Parlament verändern. Der fundamentalistisch-radikale Teil der Partei lehnte dies strikt ab. Nachdem die Grünen 1990 aufgrund von Flügelkämpfen an der 5%-Hürde scheiterten, erfolgte 1993 die Vereinigung mit dem ostdeutschen Bündnis 90. 1998 war die Zeit für Regierungsverantwortung gekommen: Zusammen mit der SPD regierten die Grünen bis zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005. Seit Mai 2011 regiert mit Winfried Kretschmann in Stuttgart der erste grüne Ministerpräsident ein Bundesland.

In Schweden zogen die Grünen 1988 ins Parlament ein, um 1998 bis 2006 mit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung den »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus einzuschlagen (vgl. Richter 2009). Heute fungieren die Grünen in Schweden als »Stützpartei der Sozialdemokraten« (Bengtson 2010) und sind mit diesen in einem formlosen Bündnis verbunden, ohne Mitglied der Regierung zu sein. In Finnland bestimmte die grüne Partei ebenfalls mehrere Jahre auf nationaler Ebene die Politik mit, bis sie 2002 aus Protest gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke die Koalition aufkündigte (vgl. Richter 2009). Seit 2007 sind sie wieder Teil der Regierung. Seitdem wurden Finnlands Kernreaktoren Nummer 4 und 5 genehmigt, weitere Genehmigungen erscheinen auch nach Fukushima nicht unwahrscheinlich (vgl. Ertel 2011). Seit der Wahl im Frühjahr 2011 gehören die Grünen zur »Regenbogenkoalition« unter Jyrki Katainen, die sechs Parteien unterschiedlichster Lager umfasst (vgl. Steuer 2011). In Norwegen gibt es keine grüne Partei im Parlament, allerdings wird die Koalition unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsident Jens Stoltenberg wegen der »Grünfärbung« der Sozialisten und der Bauernpartei oft als Rot-Rot-Grün-Koalition bezeichnet (vgl. Richter 2009). In Südeuropa sind die Grünen weitgehend bedeutungslos, was sich auf Konzeptlosigkeit und innere Zerstrittenheit sowie eine schwache Verbreitung postmaterialistischer Wertorientierungen zurückführen lässt (vgl. Richter 2009).

Was also macht die Grünen in Europa erfolgreich? Oftmals war es das Versäumen oder die Ablehnung der etablierten Parteien, die neuen Themen wie Umweltschutz, Nachhal-

tigkeit und alternative Gesellschaftsmodelle in ihre Partei- oder Wahlprogramme (erfolgreich) aufzunehmen: Die Wähler wanderten zu grünen Parteien ab. Müller-Rommel (1993) analysiert die Wahlergebnisse der Grünen in den 1980er Jahren und kommt zu dem Schluss, dass eine hohe Bevölkerungsdichte und eine hohe Disproportionalität im Verhältniswahlrecht die Grünen begünstigen. Wichtige Erfolgsfaktoren der grünen Parteien in Europa beschreibt Richter (2009): Der Wahlerfolg der grünen Parteien ist maßgeblich abhängig von ihrer Koalitionsfähigkeit. Das heißt unter anderem, dass fundamentalistische Gründungspositionen unter Umständen überdacht werden müssen, um Koalitionen nicht unmöglich zu machen. Ein prominentes Beispiel ist Deutschlands Engagement in Afghanistan unter dem grünen Außenminister Joschka Fischer. Darüber hinaus sind die gesellschaftliche Interessenslage und die Gestaltung des Parteien- und Regierungssystems an sich wichtig. In Großbritannien werden zum Beispiel kleine Parteien durch das Mehrheitswahlrecht benachteiligt, indem Stimmen für Minderheitsparteien verfallen. Darüber hinaus deutet vieles darauf hin, dass die Offenheit für grüne Themen ein »Wohlstandsphänomen« ist: Länder mit einer niedrigen Arbeitslosenquote und einer hohen Wirtschaftskraft, wie auch von der Karte abzulesen ist, wählen zudem öfter grün.

Angesichts ihrer deutschland- und europaweiten Erfolge kommt es hierzulande immer wieder zu Diskussionen, ob die Grünen bereits auf dem Weg zu einer Volkspartei sind. Eine eindeutige Antwort zeichnet sich in dieser Frage allerdings noch nicht ab, vor allem auch da der Begriff der »Volkspartei« nicht eindeutig zu definieren ist. Während einige Medien diese Frage zu bejahen scheinen (Titelseite des Spiegel 46/2010: Die neue Volkspartei; Löwenstein 2011), sehen andere Stimmen dies nicht als gegeben an (z.B. Forsa-Chef Güllner im Stern-Interview vom 28. März 2011 (Kinkel 2011)). Auch Richter (2009) gibt zu bedenken, dass die Grünen keine Volksparteien sind, sondern Klientelparteien, die den »Großen« zwar Wähler streitig machen, deren Platz aber nicht einnehmen können.

Literatur

- Bundeszentrale für politische Bildung (2010), *Geschichte von Bündnis 90/Die Grünen*, online verfügbar unter: http://www.bpb.de/themen/K5WUA2,0,Geschichte_von_B%FCndnis_90Die_Gr%FCnen.html.
- Ertel, M. (2011), *Europas Grün. Die Front gegen die AKW-Renaissance steht*, Spiegel Online, 12. September 2010, online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,716094,00.html>.
- Kinkel, L. (2011), *Forsa-Chef Güllner im Interview: »Die Grünen sind keine Volkspartei«*, Stern online vom 28. März, online verfügbar unter <http://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-chef-guellner-im-interview-die-gruenen-sind-keine-volkspartei-1668582.html>.
- Löwenstein, S. (2011), *Der Erfolg der Grünen: Die neue Volkspartei*, FAZ online vom 30. März, online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wahl-in-baden-wuerttemberg/der-erfolg-der-gruenen-die-neue-volkspartei-1611546.html>.
- Müller-Rommel, F. (1993), *Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen*, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Richter, S. (2009), *Entwicklung und Perspektiven grüner Parteien in Europa*, Internationale Politikanalyse für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Sonntagsfrage Bundestagswahl (2011), *Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...*, online verfügbar unter <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm>, aufgerufen am 27. Dezember 2011.

Spiegel 46/2010, Titelseite: Die neue Volkspartei.

Steuer, H. (2011), *Katainens Regierung ohne Euro-Skeptiker*, Handelsblatt online vom 19. Juni, online verfügbar unter <http://www.handelsblatt.com/politik/international/katainens-regierung-ohne-euro-skeptiker/4300628.html>.